

Die letzte Etappe unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit erfolgreich meistern!

Von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde,
man will es nicht glauben, aber wir sind alle
ein Jahr älter geworden. Sind wir damit klü-
ger, erfolgreicher, zufriedener?

Bezogen auf den Einzelnen kann mancher
sagen, ja, ich bin erfolgreich, klüger und zu-
frieden oder auf mich trifft das alles nicht
zu. Das stimmt aber so nicht.

Die solidarischen Leistungen zu mehr
sozialer Gerechtigkeit, die ISOR gemein-
sam mit Sozialverbänden und Gewerk-
schaften im vergangenen Jahr vollbracht
hat, kommen allen zugute. Also können wir
alle zufrieden sein, waren wir alle erfolg-
reicher, was nicht bedeutet, selbstzufrieden
zu sein.
Schauen wir auf die Resultate unserer bis-
herigen Arbeit:

- ISOR hat seit Gründung über 27.000
Klagen in den verschiedenen Instanzen
und fast 80.000 Widerspruchsverfahren
gegen Versorgungs- und Versicherungs-
träger auf den Weg gebracht - Klagen und
Verfassungsbeschwerden gegen die Rege-
lungen der §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG sowie
zum Dienstbeschädigtenrecht, durchweg
vertreten durch das Rechtsanwaltsbüro
Bleiberg. Die verlässliche Zusammenarbeit,
begründet auf Vertrauen und gegenseitige
Berechenbarkeit, hat Bestand.

- Durch mehrere Urteile des Bundesver-
fassungsgerichts (BVerfG) sowie erstrittene
gesetzliche Regelungen konnte das Renten-
unrecht für die Mehrheit der ehemaligen
Soldaten, Polizisten, Feuerwehrleute, Justiz-
bediensteten und Zöllner beseitigt werden.

- Für die ehemaligen Mitarbeiter des
MfS wurde das Rentenunrecht gemildert,
aber nicht abgeschafft, und auch für sie
wurden Fortschritte im Dienstbeschädi-
gtenrecht erstritten.

Um weitere befriedigende Lösungen und die
Beseitigung der noch vorhandenen diskrimi-

nierenden Regelungen streiten wir weiter.
Neuen Herausforderungen müssen wir uns
stellen, wobei die Ergebnisse des vergange-
nen Jahres eine gute Basis dafür sind, diese
erfolgreich zu meistern.

ISOR hat sich durch den eindeutigen
Willen der Vertreterversammlung dafür
entschieden, die juristische Auseinander-
setzung gegen die noch vorhandene Ent-
geltbegrenzung der §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG
fortzusetzen.

Mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz in
Folge des BVerfG-Urteils vom Juni 2004
mussten wiederum 12.000 Betroffene aus
der Rentenstrafe nach § 6 Abs. 2 entlassen
werden. Allerdings wurden rund 4.000 Be-
troffene neu in die Rentenstrafe eingeglie-
dert, diesmal unter erneuter und deutlich
sichtbarer Verletzung der Wertneutralität
des Rentenrechts. Jetzt wird nicht mehr
von einem wie auch immer begründeten
„überhöhten“ Einkommen ausgegangen,
sondern von der politischen Wertschätzung
ihrer Funktion in der DDR. Dazu wurde mit
nahezu abenteuerlicher Begründung eine
behauptete Weisungsbefugnis z.B. der
ehemaligen Chefs der Bezirksbehörde der
Volkspolizei, der Leiter der VP-Kreisämter,
der Leiter der Wehrbezirks- und Wehrkreis-
ämter der NVA gegenüber dem MfS unter
Bedingungen ihrer Tätigkeit als Mitglieder
der Einsatzleitungen bemüht.

Betroffen sind damit neuerdings auch ehe-
malige Angehörige der VP, die in die Polizei
der Länder und des Bundes übernommen
wurden, sofern sie in der DDR die genann-
ten Funktionen ausübten.

Die Front der Kläger gegen den Unsinn
dieser gesetzlichen Regelung wird breiter,
und die zuständigen Fachgewerkschaften
beginnen aktiv zu werden.

Was den § 6 Abs. 2 AAÜG betrifft, so sind
die erforderlichen Musterverfahren auf den

Namens des Vorstandes, der Geschäfts-
stelle und der Redaktion bedanken
wir uns für die anlässlich des Jahres-
wechsels in das Jahr 2008 per Schrei-
ben, E-mail, telefonisch oder durch
Fax übermittelten Glückwünsche,
Dankschreiben sowie zahlreicher Be-
kundungen der Solidarität und Unter-
stützung.

Besonderer Dank gilt für die Glückwün-
sche gegenüber unserer kleinen Grup-
pe von freiwilligen Helfern, welche teil-
weise bereits im achten oder neunten
Lebensjahrzehnt stehend, den Versand
von ISOR aktuell bewerkstelligen.

Karl-Heinz Hypko, Geschäftsführer

Weg gebracht. Erfreulich ist, dass die 18.
Kammer des Landessozialgerichts Berlin
ein Verfahren ausgesetzt und dem BVerfG
zur Entscheidung vorgelegt hat.

Gegen die unseligen Regelungen des § 7
AAÜG gehen wir weiter juristisch vor. Ge-
meinsam mit der Initiative gerechte Alters-
versorgung (IGA) hat ISOR erforderliche
Voraussetzungen geschaffen.

Auf der Grundlage des Informationsfrei-
heitsgesetzes werden ISOR durch die BUST,
das Bundesverwaltungsamt und die Wehr-
bereichsverwaltung Ost die erforderlichen
Unterlagen für die Klärung der Einkom-
mensverhältnisse im MfS zur Verfügung ge-
stellt. Damit können wir den wissenschaft-
lichen Vergleich mit den Einkommen in der
Volkswirtschaft, der NVA und entsprechen-
den Strukturen im Mdl führen.

Obwohl vom BVerfG nicht ausdrücklich ge-
fordert, erfüllen wir damit eine Vorausset-
zung für eine erneute Prüfung des § 7 AAÜG
durch das BVerfG. Dankenswerterweise
konnten wir profilierte und ausgewiesene
unabhängige Persönlichkeiten gewinnen,
auf der Grundlage dieser Daten Gutachten
zu erarbeiten, die erneuten Klagen bis zum
BVerfG zu Grunde gelegt werden können.

Auf der Basis eines verfassungsrechtlichen
Gutachtens streben wir 2008 den erneuten
Gang vor das BVerfG an, sofern nicht die
Politik bis dahin aus Vernunftsgründen eine
sachliche Klärung herbeiführt. Das ist aller-
dings nach gegenwärtiger Lage eher nicht
anzunehmen, wengleich hierfür überzeu-
gende Lösungsvorschläge durch die Frakti-
on DIE LINKE im Bundestag vorliegen.

Dank der unermüdlichen und beharrlichen
Arbeit, die von vielen Mitgliedern unserer
Initiativgemeinschaft unterstützt wird, se-
hen wir uns heute im Besitz jener rechts-
erheblichen Tatsachen, die einen erneuten,
aber auch ganz sicher letzten Gang zum

BVerfG rechtfertigen.

Sowohl das angestrebte sozialwissenschaftliche Gutachten zu den Einkommensverhältnissen und zur Qualifikationsstruktur im MfS als auch das verfassungsrechtliche Gutachten zu § 7 AAÜG werden auf amtliche und unanfechtbare Daten und Dokumente für den Zeitraum von 1950 bis 1990 aufbauen. Ein vorsichtiger, aber berechtigter Optimismus ist angebracht, dass im Falle einer erneuten verfassungsmäßigen Prüfung des § 7 AAÜG durch das BVerfG eine günstigere Regelung erreicht wird.

Für ISOR ist und bleibt es das Ziel, für die ehemaligen Angehörigen des MfS wie für jedermann eine Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu erreichen. Dabei gilt es, Sachlichkeit und Realitätssinn zu bewahren und sorgsam in der Argumentation zu bleiben.

Die bisher erreichten Erfolge im Kampf um soziale Gerechtigkeit und bei der Überwindung allen Rentenunrechts ist nicht das Verdienst von ISOR allein, sondern dem Wirken vieler Persönlichkeiten, von Sozialverbänden, Bündnissen, sozialen Bewegungen und Initiativen sowie dem unermüdlichen Wirken vieler ihrer Mitglieder zu danken. Dessen sollten wir uns immer

bewusst sein. ISOR hat sich in Solidarität mit vielen sozialen Bewegungen stets um soziale Gerechtigkeit bemüht und wird das weiterhin tun.

Vieles haben wir für die Betroffenen erreicht, aber vieles ist auch noch zu tun.

Gemeinsam mit anderen wollen wir erreichen:

- einen Stufenplan zur Rentenangleichung,
- die Beendigung der Nullrunden für Rentner,
- die Dynamisierung besitzgeschützter Zahlbeträge nach Ost und nicht nach West,
- die Beseitigung der Ungerechtigkeiten bei mittlerem medizinischen Personal, den Balletttänzerinnen und -täänzern, den Postlern, den Eisenbahnern und den Bergleuten,
- die Verhinderung der Abwälzung der Kosten in der Kranken- und Pflegeversicherung auf die Schwächsten in der Gesellschaft;
- die Rücknahme der Rente mit 67 sowie der Zwangsverrentung mit erheblichen Rentenverlusten.

Die kollektive politische Führung des Kampfes durch den Vorstand von ISOR, die kollektiven Leistungen des Beirates

beim Vorstand, die sachkundige und beharrliche Arbeit der Landesbeauftragten, der TIG-Vorstände und der Arbeitsgruppen beim Vorstand sowie die unermüdliche und fleißige Arbeit der Betreuer in den TIG und vieler ehrenamtlicher Helfer waren und sind die Grundlage dafür, dass die letzte Etappe unseres Kampfes gegen das Rentenunrecht und seinen Hauptinhalt, das Rentenstrafrecht, weiter erfolgreich geführt werden kann.

Bedenken wir immer - vieles, was uns täglich selbstverständlich erscheint, ist alles andere als selbstverständlich. Deshalb gilt Ihnen allen unser Dank. Mit dieser Dankbarkeit und der Gewissheit einer bisher gut geleisteten Arbeit gehen wir in das Jahr 2008 und bereiten uns intensiv auf die letzte Etappe unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit vor. Vom Erfolg unseres Kampfes bin ich überzeugt.

In diesem Sinne wünsche ich allen Mitgliedern unserer Initiativgemeinschaft und ihren Familien ein gutes und glückliches Jahr 2008. Glück können wir alle brauchen. Denken wir dabei aber immer an die Worte von Aristoteles: „Glück ist kein Geschenk des Zufalls oder der Götter, es wird dem zuteil, der seine Chance nutzt.“ ■

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Horst Parton konnte auf der Vorstandssitzung am 19. Dezember einschätzen, dass trotz der schmerzhaften Verluste durch den Tod von Rechtsanwalt Mark Schippert, Prof. Dr. Wolfgang Edelmann und Prof. Dr. Axel Azzola der Arbeitsplan des Vorstandes für das II. Halbjahr 2007 in allen seinen Teilen erfüllt wurde. Möglich wurde das durch die kollektive Übernahme vakant gewordener Aufgaben und den selbstlosen Einsatz zahlreicher Mitglieder und Funktionäre der ISOR.

★

Der Vorstand würdigte ausdrücklich und persönlich die Mitglieder der gemeinsamen Arbeitsgruppe und weitere maßgeblich an der Suche, Auswertung und Analyse von Unterlagen für die Gutachtertätigkeit beteiligte Freunde.

Die bereits mehrfach zugesagten amtlichen Vergleichsdaten zu Einkommen in der NVA und dem Mdl liegen noch nicht vor. Es kann jedoch weiter davon ausgegangen werden, dass das sozialwissenschaftliche Gutachten zur Einkommens- und Qualifikationsstruk-

tur des MfS im Vergleich zur Volkswirtschaft der DDR bis Ende Januar 2008 fertiggestellt werden kann.

Der Prozess der Auswahl von Musterverfahren gestaltet sich planmäßig.

★

An der Vorstandssitzung nahm auf Einladung der Sprecher der „Initiative gerechte Altersversorgung“ (IGA) Heinrich Tauchert teil. Er schätzte ein, dass die Zusammenarbeit ISOR-IGA, insbesondere durch die gemeinsame Arbeitsgruppe, weiter gediehen ist.

Die IGA wolle mit eigenen Beiträgen im juristischen Kampf bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiter aktiv wirken. Es müsse alles getan werden, um in der Breite der juristischen Auseinandersetzung eine einheitliche und abgestimmte Linie zu wahren.

Heinrich Tauchert würdigte in diesem Zusammenhang die besondere Verantwortung, die der ISOR bei der Vorbereitung, Finanzierung und Koordinierung der juristischen Aktivitäten zukommt. Ihm wurde versichert, dass ISOR an einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit interessiert ist.

★

Positiv aufgenommen wurde eine Information, wonach das Bundesverfassungsgericht ein Verfahren zum § 6 AAÜG zur Verhandlung angenommen hat. Das Bundesverfassungsgericht hat noch weitere Gutachten angefordert. Der Termin dieser Verhandlung ist noch offen.

★

Die Mitgliederversammlung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) und weitere Vertreter der Mitgliedsverbände trafen sich am 13. Dezember 2007, um satzungsgemäß das Präsidium zu wählen. Der OKV-Präsident, Prof. Dr. sc. Siegfried Mechler, gab eine aktuelle Einschätzung zur politischen und sozialen Lage sowie sich daraus ableitbare Entwicklungstendenzen. Er würdigte in diesem Zusammenhang die vielfältigen Aktivitäten des OKV und seiner Verbände.

Die Versammlung nahm mit Unverständnis zur Kenntnis, dass der Präsident des Deutschen Bundestages eine vom OKV maßgeblich unterstützte Unterschriftensammlung der VVN-BdA „NPD-Verbot jetzt“ (über 175.000 Unterschriften) am Vortage nicht

entgegennahm, was eine einstimmig beschlossene Protesterklärung auslöste. Der ISOR-Vorsitzende Horst Parton versicherte dem OKV-Präsidium namens ISOR

auch künftig umfassende Unterstützung. ISOR sei ein verlässlicher Partner, vor allem im Kampf gegen Sozialabbau und für Rentengerechtigkeit.

Die Versammlung wählte ein siebenköpfiges Präsidium mit Prof. Dr. sc. Siegfried Mechler als Präsidenten und Horst Parton als einen der Vizepräsidenten. ■



Unsere letzte Vereinsversammlung der TIG Schwerin im Jahre 2007 wurde mit einer Gedenkminute für Prof. Dr. Azzola eröffnet. Der Vorsitzende Lothar Voigt konnte vor 80 Vereinsfreunden aufgrund einer aktiven Mitarbeit eines leider noch zu geringen Personenkreises eine positive Jahresbilanz ziehen.

So wurden 24 neue ISOR-Mitglieder geworben. Eine vorbereitete Konzeption konnte Mitte des Jahres durch die aktive Mitarbeit von 15 neuen Betreuern/innen mit Leben erfüllt werden.

Ca. drei Prozent der Unterschriften zur Volksinitiative für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern sowie 500 Zustimmungen zur Protestresolution des Ostdeutschen Kuratoriums wurden durch unsere Mitglieder eingeholt und weitergeleitet. Vereinsversammlungen, eine Beratung mit ehemaligen Verantwortungsträgern und eine Zusammenkunft mit Frauen sowie Frühjahrs- und Herbstfest rundeten das Bild ab. Ausgehend vom Tätigkeitsbericht des Vorstandes und den Erläuterungen zum Arbeitsprogramm 2008 wurden in der Diskussion aufgabenbezogene Standpunkte bezogen. Unter dem Motto „Mitglieder werben Mitglieder“ wurde die Zielstellung von 20 Neuworbungen bestätigt. Unser Vereinsmitglied, Generalmajor a.D. der NVA Manfred Jonischkies, bot hier seine Hilfe und Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an. In vielfältigen Kontakten mit unseren Vereinsmitgliedern wollen wir vor allem die Motivation aufrecht erhalten und Reserven für eine breitere Basis der ehrenamtlichen Tätigkeit und Übernahme von Verantwortung erschließen. Nur so können wir den hohen Ansprüchen zur Bewältigung vielfältiger juristischer und politischer Aufgaben im Jahre 2008 gerecht werden. Die Ausführungen der Rechtsanwälte in ISOR aktuell 11/07 lassen bei uns keine Euphorie aufkommen, aber das Bemühen um einen realistischen Optimismus erken-

nen. Das zeigt auch die in Vorbereitung und Durchführung der Vereinsversammlung festgestellte ausgeprägte Bereitschaft vieler Vereinsfreunde zur direkten Unterstützung der Musterverfahren bei den Sozialgerichten.

Auch haben wir damit begonnen, über individuelle und Sammel-Petitionen nachzudenken, um uns auf kommende Aufgaben einzustellen.

Wir haben unsere Arbeitsaufgaben 2008 auf ein zeitnahes und flexibles Herangehen eingestellt und unsere Mitglieder in der Vereinsversammlung darauf vorbereitet. Unsere Vereinsmitglieder setzen weiterhin volles Vertrauen in die Vorstände von ISOR und der TIG Schwerin. **Heinz Hungerland**



Als Jahresabschluss-Veranstaltung führte die TIG Greifswald eine außerordentlich informative gut besuchte Versammlung durch, an der auch zahlreiche Vertreter aus der Region (**Stralsund, Wolgast, Insel Usedom, Grimmen und Anklam**) teilnahmen.

Für seine detaillierten anschaulich vorgetragenen Aussagen zum derzeitigen Stand und weiteren Vorhaben im Ringen um Rentengerechtigkeit erntete der stellvertretende Vorsitzende von ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, gespannte Aufmerksamkeit und lebhaften Beifall. Er konnte davon überzeugen, dass wir führungs-mäßig für unseren juristischen und politischen Kampf gut aufgestellt sind, sowie dank der ungebrochenen Solidarität und Unterstützung der Vereinsbasis die bevorstehenden Hürden nehmen können.

Trotz der anhaltenden Trauer über die schmerzlichen Verluste, die der Tod von Prof. Wolfgang Edelmann und Prof. Axel Azzola unserem Verband zufügte, wurden wir im Vertrauen auf die Verlässlichkeit und solide Vorstandsarbeit bestärkt, was zugleich den Elan und die Entschlossenheit zur Weiterführung der alltäglichen Kleinarbeit fördert.

Entscheidende Vorarbeiten zur Auswertung

der Datensätze für die Einkommensbilanzierung der ehemaligen MfS-Angehörigen und Vertragsabschlüsse zur Gutachtenerarbeitung, ebenso wie die Ingangsetzung möglichst vieler Musterverfahren stimmen optimistisch. Sicher ist unser Kampf um nichts leichter geworden. Diskriminierungen und mediale Hassgesänge wie Verunglimpfungen halten nicht nur an, sondern scheinen zeitweilig zu eskalieren. Aber wir dürfen und werden uns nicht verunsichern lassen, auch Medienkampagnen werfen uns nicht aus der Bahn. Eingedenk der Warnung Heinrich Heines „...doch kann man mit Begeisterungsschätzen nicht die Besonnenheit ersetzen ...“ erhalten wir uns das eine, wie wir das andere keineswegs vernachlässigen. Davon zeugen nicht zuletzt die vergangenen anderthalb Jahrzehnte und Ergebnisse unseres Ringens.

Wie auch die Diskussion erwies, steht uns kein einfacher aber auch nicht chancenloser Kampf bevor, dessen Dauer und Ausgang nicht zuletzt durch taktisch kluges Handeln und strategische Weitsicht wie eine weiter auszubauende Bündnispolitik entschieden wird. Abwehr und Angriff, hinhaltender Widerstand oder aktive Verteidigung gelten nicht nur als militärische Kategorien. Wir geben und empfangen Solidarität. Die Veranstaltung hat uns Mut gemacht und den einen oder anderen aufgerüttelt.

Dr. Eberhard Pobbig



In der Kreisstadt trafen sich die Mitglieder der TIG Prenzlau im „Schützenhaus“ zu ihrer Jahresendversammlung. Die meisten wurden von ihren Ehepartnern begleitet. Mit einer Schweigeminute wurde des im Jahr 2007 verstorbenen Vorstandsmitglieds von ISOR, Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, sowie Prof. Dr. Axel Azzolas gedacht. TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenberg würdigte beide Verstorbene als leidenschaftliche und mit hohen Sachkenntnissen ausgestattete Streiter für gerechte Renten, deren Wirken deutliche Spuren hinterließ.

Ein Höhepunkt des Nachmittags: Beiratsmitglied Werner Liefke kündigte als Gast Klaus Eichner, den Mitherausgeber des bei edition ost erschienenen Buches „Angriff und Abwehr“, an. Mit Interesse wurden

seine Ausführungen zu der unterschiedlichen Rolle und den Aufgaben der Geheimdienste in beiden deutschen Staaten nach 1945 aufgenommen. Als Teilnehmer an der kürzlich in Dänemark stattgefundenen Geschichtskonferenz informierte er auch über deren Verlauf.

Der Prenzlauer TIG-Vorsitzende kündigt für 2008 an, dass die ISOR-Mitglieder der uckermärkischen Kreisstadt Initiativen und weitere Schritte für gerechte Renten kräftig unterstützen werden.

Benno Butschalowski



Zur Mitgliederversammlung der TIG **Dresden** am 14. 12. 2007 waren ca. 230 Mitglieder unserer TIG und Vertreter von TIG des ehemaligen Bezirks Dresden erschienen. Ebenso waren Vertreter anderer Betroffenenverbände, die eng mit ISOR zusammen arbeiten, Prof. Dr. Horst Schneider und der Vorsitzende Stadtorganisation „Die Linke“, unserer Einladung gefolgt.

Der Vorsitzende unserer Organisation Horst Parton schätzte den erreichten Stand des Kampfes um Rentengerechtigkeit ein und dankte allen Vorstandsmitgliedern für die umfangreiche Arbeit und den Mitgliedern der TIG für ihre vielseitigen Aktivitäten (Protestschriften u. a.), die zu der Herausgabe der erforderlichen Unterlagen der Behörden der BRD führten. Diese sind Voraussetzung für die Vergleichsarbeit und die Erstellung der erforderlichen Gutachten. Er machte aber auch deutlich, bis zur Erreichung un-

serer angestrebten Zielstellung liegt noch viel Arbeit und entschlossener Kampf vor uns, wozu wir eine zahlenmäßige Stärke und kämpferische Mitglieder brauchen. Solidarität der Angehörigen aller bewaffneten Organe der DDR und die bewusste Verbundenheit mit allen um Rentengerechtigkeit kämpfenden ehemaligen Bürgern der DDR waren und sind eine wichtige Grundlage für den erfolgreichen Ausgang unseres schwierigen Kampfes.

Die Entschlossenheit unserer Mitglieder und die weitere zahlenmäßige Stärkung unserer TIG war Inhalt eines Beitrages der Vorsitzenden unserer TIG Charlotte Staudte. Prof. Dr. Horst Schneider orientierte in seinem Beitrag, dass der Kampf um Rentengerechtigkeit ein Teil des gegenwärtigen Kampfes um Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft und um Meinungsfreiheit ist. Er wies zugleich darauf hin, dass schon jetzt abzusehen ist, dass 2009 der Jahrestag der sogenannten Wiedervereinigung erneut zur Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger missbraucht werden wird und deshalb auch wir uns darauf vorbereiten. Der Vorsitzende der Stadtorganisation „Die Linke“ in Dresden sprach über den einheitlichen Standpunkt der Partei zur Unterstützung des Kampfes zur Überwindung des Renten- und Versorgungsrechts in den neuen Ländern. Der Vorsitzende der TIG Löbau erläuterte u.a., wie sie durch eigene hohe Aktivitäten ihre Ausstrahlung auf andere Organisationen im Kampf gegen Rentenunrecht erreichten.

Dazu gehört feste Solidarität im Inneren aber auch mit Außenstehenden.

In einer Beratung mit den Betreuern unserer TIG am 18. 12. 2007 erfolgte eine erste Auswertung der Mitgliederversammlung. Übereinstimmend wurde von allen Betreuern zum Ausdruck gebracht, dass diese Versammlung von den Mitgliedern als sehr gut eingeschätzt wurde, dass unsere Mitglieder, auch wenn ein Ende des Rentenunrechts noch nicht abzusehen ist, wieder optimistisch in die Zukunft blicken.

Die Neugewinnung von Mitgliedern stand ebenfalls im Mittelpunkt der Diskussion. Als Dank und Anerkennung wurden einige langjährige Betreuer, die teils von Anbeginn wirken, und Mitglieder, die für ISOR sehr aktiv sind, mit einer Buchprämie ausgezeichnet. Die Ausführungen des Vorsitzenden unserer Organisation, die Leistungen des Vorstandes von ISOR und der eingesetzten Arbeitsgruppen wurden durch die Teilnehmer der Versammlung gewürdigt.

Günter Wenzel



Mit großer Hoffnung blicken wir auf das Jahr 2008. In unserer Mitgliederversammlung der TIG **Lobenstein** haben wir die Arbeit des Vorstandes, der Rechtsanwälte und die praktizierte Solidarität der ISOR-Mitglieder gewürdigt. Mit großem Interesse verfolgen wir den Fortgang der sozialrechtlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel der endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Manfred Fischer

Aus der Postmappe:

Wunschlos glücklich und rundum klaglos können wir Ostdeutschen seit dem Niedergang und dem Anschluss der DDR an die BRD zufrieden sein, ist häufig von Politikern aller Couleur zu hören, oder es wird in den Medien zum Besten gebracht. Die Rentner sollen die Gewinner der Einheit sein. Dafür sprechen die dreijährige Auszeit der Rentenerhöhung, die in diesem Jahr großzügig zugestanden 0,54 Prozent Rentenaufstockung! Damit wurde nicht einmal die Inflationsrate 2007 ausgeglichen. Welch ein Hohn, diese Heuchelei! Im Gegensatz dazu scheut man sich nicht, mit vielen Geldausgaben große Menschengruppen zu beschäftigen, um u. a. uns ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und des Zolls der DDR ein Schuldgefühl anzulasten, das dem „Unrechtstaat DDR“ das

erforderliche rechtspolitische Gepräge im Bewusstsein der Menschen sowohl in Ost als auch West verleihen soll. Die Vorbereitung dieses Gedankengutes dient zweifellos der Begründung: Die Angehörigen der bewaffneten Organe und des Zolls der DDR waren die elitäre Stütze des sozialistischen Staatsgefüges, und sie haben folglich keinen vollständigen Anspruch auf ihre Altersversorgung. Das eigens dafür geschaffene AAÜG wurde unverbrämt allen Bezugsberechtigten verordnet.

Und es hat noch im 18. Einheitsjahr gegen eine große Anzahl unserer Mitglieder seine bestandsmäßige Anwendung. Aber nichtsdestotrotz: Beherzte Initiatoren unseres Vereins schufen Voraussetzungen gegen den rechtswidrigen rentenrechtlichen Zustand, um ihn mit anwaltlicher Unterstützung erfolgreich verändernd zu beeinflussen.

Unser Vorstand hat Großartiges zu Gunsten

aller Mitglieder sozialrechtlich bewegt. Das wird immer wieder dankend anerkannt. Seit dem Bestehen wuchs unser Verein zu einem starken Verbund gegen soziale Ungerechtigkeit. Und das mit großem Erfolg! Grundprinzipien des gemeinsamen Wirkens in diesem Gesellschaftssystem waren und sind die Wahrnehmung und das Ausleben der bewährten Solidarität. Sie ist und bleibt ein Unterpfand unseres Kampfes.

Viele unserer Mitglieder konnten dadurch per Gesetz aus der Strafberentung entlassen werden, dennoch sind ebenso viele leider noch davon betroffen. Wenn eine Studie zu dem Ergebnis kommt, dass in der BRD sechseinhalb Millionen Menschen in Hoffnungslosigkeit und Resignation leben, dürfte dieser Befund kaum jemanden von uns unberührt lassen.

Deshalb kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Der Zusammenhalt und das solida-

rische Ringen um den rentenrechtlichen Erfolg für alle lässt sich am erfolgreichsten in der ISOR-Gemeinschaft verwirklichen.

Bertold Brecht stellte fest: „Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“

Walter Krüger, Güstrow



Am 14.12. 2007 stand im Bundestag ein Gesetzesvorschlag (Drucksache 16/6734), der die Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert

zum Ziel hat, in erster Lesung auf der Tagesordnung. Neben den Reden von Gregor Gysi (Die Linke), Maria Michalk (CDU/CSU) und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Thönnies berührte mich die Rede der Abgeordneten Frau Irmgard Schewe-Gerigk (B90/Die Grünen) insofern, da sie die Altersversorgung der ehemaligen Mitarbeiter des MfS in einer Weise vor dem Plenum des Bundestages darstellte und charakterisierte, die der Realität völlig widerspricht. Wortwörtlich führte sie aus: »Durch die Umsetzung dieses Vorschlags würden ... neue Formen von Ungerechtigkeit erzeugt.

... Beispielsweise würde der ehemalige Mitarbeiter der Stasi, der bereits beruflich begünstigt wurde und der auch noch eine Zusatzrente bekommt, wenn ihm keine Menschenrechtsverletzung nachgewiesen werden konnte, ein besonders sattes Alterseinkommen erhalten«. Aus diesem Grund habe ich ihr geschrieben und sie um Auskunft zur »Zusatzrente« und zum »satten Alterseinkommen« gebeten. Meine Herkunft als Betroffener habe ich ihr selbstverständlich mitgeteilt. Ich werde an gleicher Stelle, liegt die Antwort vor, die Leser von »ISOR aktuell« dazu informieren.

Helmut Holfert, Mitglied des Beirates

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 95. Geburtstag

Fritz Zorn, Leipzig

Zum 94. Geburtstag

Walter Bialek, Chemnitz

Fritz Dietrich, Dresden

Heinz Schröder, Bln.-Marzahn

Marta Schulz, Bln.-Hhsn.

Zum 92. Geburtstag

Traudhilde Roch, Bischofswerda

Zum 91. Geburtstag

Werner Bennè, Schwerin

Willy Buntrock, Pdm.-Babelsberg

Zum 90. Geburtstag

Siegfried Gürtler, Rostock

Zum 89. Geburtstag

Vera Herr, Bln.-Fr'hain

Wolfgang Mehlhorn, Chemnitz

Zum 88. Geburtstag

Magdalena Altmann, Salzwedel

Walter Bodem, Gera

Heinz Götze, Bernau

Herbert Milich, Bln.-Fr'hain

Johanna Schmidt, Leipzig

Erich Weber, Gera

Zum 87. Geburtstag

Erich Fischer, Chemnitz

Marie-Luise Gittel, Leipzig

Franz Gittner, Bln.-Fr'felde

Günther Hauth, Rostock

Paul Kurth, Gardelegen

Heinz Lutter, Jena

Franz Philip, Bln.-Fr'hain

Wally Rosenthal, Neubrandenbg.

Ernst Stelzl, Bln.-Marzahn

Zum 86. Geburtstag

Erich Fretwurst, Rostock

Gerhard Hillmann, Eggersdorf

Martin Kluge, Dresden

Erich Kodalla, Bln.-Hellersdorf

Else Maseberg, Strausberg

Ursula Neumann, Bln.-Mitte

Horst Nimmrich, Hermsdorf

Liesbeth Stange, Bln.-Köpenick

Zum 85. Geburtstag

Marianne Feist, Gera

Helmut Hoppe, Geithain

Ingwald Jäkel, Bischofswerda

Heinz Kilian, Gera

Gertrud Kittelmann, Magdeburg

Kurt Mangold, Rostock

Herbert, Missal, Bln.-Prenzl. Berg

Werner Nestler, Bln.-Fr'hain

Ernst Peters, Pdm.-Babelsberg

Otto Schirm, Bln.Hhsn.

Horst Strauch, Bln.-Pankow

Manfred Thomas, Bln.-Fr'felde

Zum 80. Geburtstag

Ursula Blaschke, Bln.-Treptow

Otfried Böhme, Bln.-Marzahn

Karl Bullerjahn, Templin

Johanna Fiedler, Hoyerswerda

Karl Friedrich, Bützow

Alfred Göllnitz, Bln.-Treptow

Heinz Grün, Jena

Christa Hampel, Wilhelmshorst

Annelore Heim, Stralsund

Ursula Herold, Plauen

Heinz Hille, Magdeburg

Richard Hoffmann, Frankfurt/O

Erich Ißleib, Erfurt

Ilse Kalauch, Bln.-Marzahn

Werner Kniep, Bln.-Hhsn.

Gerhard Koch, Bln.-Köpenick

Heinz Kolbe, Zühlsdorf

Hans Koplin, Strausberg

Manfred Kretschmar, Rostock

Christa Kühn, Erfurt-Tiefthal

Manfred Kühn, Bln.-Fr'felde

Marga Laupert, Hettstedt

Egon Lotter, Bln.-Treptow

Else Lotzenburger, Halle

Erwin Marstalerz, Bln.-Marzahn

Ruth Mehlhorn, Gera

Max Müller, Halle

Rudi Müller, Ruppertsdorf

Horst Neitzke, Halle

Rudolf Nitsche, Bln.-Li'berg

Heinz Oelschläger, Strausberg

Heinz Pihosowotzki, Stralsund

Rolf Raschke, Erfurt

Otto Ronninger, Potsdam

Werner Schulze, Salzwedel

Günter Spaida, Templin

Hans-Joachim Telleis, Eichwalde

Werner Theuring, Bln.-Mitte

Günter Tottewitz, Bln.-Hellersdorf

Dr. Hildegard Wemmer, Zeuthen

Günter Wendler, Dresden

Inge Wentzke, Leipzig

Zum 75. Geburtstag

Artur Arnthor, Rostock

Helga Böhm, Königs Wusterh.

Paul Busch, Bln.-Fr'felde

Horst Erber, Bln.-Fr'felde

Hans Frehse, Rostock

Martha Frenzel, Dresden

Herbert Freude, Wittenberg

Lydia Gawronski, Bln.-Hellersdorf

Roland Gottschald, Erkner

Waltraut Gröger, Schwerin

Gerda Großmann, Chemnitz

Alfred Güldner, Bln.-Li'berg

Walter Hande, Gera

Wolfgang Hanke, Dresden

Irene Hartling, Bln.-Fr'felde

Christa Hempel, Eisenhüttenstadt

Walter Jubt, Erfurt

Harald Kempe, Bln.-Li'berg

Wolfgang Köhler, Mühlhausen

Ingeburg Kopf, Bln.-Hhsn.

Günter Lange, Bln.-Köpenick

Werner Lehmann, Sassnitz

Heinz Lindner, Bln.-Fr'felde

Horst Ludwig, Neubrandenburg

Harti Luther, Suhl

Gerda Manders, Bln.-Treptow

Egon Messerschmidt, Jena

Heinz Mielke, Pdm.-Kirchsteigfeld

Hans-Werner Möller, Bln.-Pankow

Erich Müller, Görlitz

Hans-Martin Nieke, Bln.-Treptow

Brigitte Nier, Bln.-Pankow

Werner Nordheim,

Bad Salzungen / Hämbach

Karl-Heinz Paetsch, Potsdam

Hildegard Peiser, Bln.-Fr'felde

Raimund Posselt, Bln.-Pankow

Wolfgang Quedenfeld, Magdeburg

Herber Rinke, Chemnitz

Dr. Margit Rode, Groß Köris

Günther Röse, Neubrandenburg

Rosemarie Rosenheinrich,

Bln.-Treptow

Brigitte Ruchatz, Aschersleben

Horst Rückheim, Bln.-Marzahn

Günther Schindhelm, Suhl

Horst Schmidt, Bln.-Li'berg

Gerhard Schnabel, Prora

Manfred Schönemann, Berlin

Franz Sotana, Bln.-Weißensee

Herbert Spiller, Bln.-Hhsn.

Armin Stephan, Bln.-Hellersdorf

Heinz Stritzke, Bln.-Karlshorst

Jochen Strobel, Dresden

Herbert Weiher, Pdm./Waldstadt

Eva Winkler, Leipzig

Christa Wintel, Bln.-Marzahn

Günter Wirsig, Bln.-Hhsn.

Helmut Wirth, Bernau

Hans-Peter Wokittel, Bln.-Weißensee

Karl Wustlich, Bln.-Treptow

Heinz Zimmermann, Bad Schandau

*Bei anderen gelesen:***Zu offenen Fragen der Rente-Ost fordert Silvia Schmidt (SPD), MdB:**

„Kanzlerin Merkel sollte jetzt Wort halten - Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern wollen endlich Gerechtigkeit!“

„Es geht nicht an, dass die Union über die Frage der Angleichung Ost-West und des Zusatzversorgungssystems der DDR seit Jahren eine politische Eiszeit verhängt. Wir als ostdeutsche SPD-Abgeordnete stoßen hier auf eine Mauer des Schweigens bei der Union. Ich fordere deshalb die Kanzlerin auf, sich an ihr Versprechen zu erinnern, alle offenen Wiedervereinigungsfragen endgültig zu klären“, so Schmidt.

Schmidt weiter: „Rentnerinnen und Rentner, die in der DDR die Zusage erhalten haben, für weniger Lohn eine bessere Altersversorgung zu erhalten, fühlen sich betrogen.“ Da es juristisch nicht möglich ist, diese Zusatzzahlungen in unser Rentensystem einzufügen, muss eine politische Sonderlösung her. Schmidt: „Diese fordern wir jetzt von der Kanzlerin ein und hoffen, dass ihr als Ostdeutsche die politisch-historische Bedeutung dieser Gerechtigkeitslücke klar ist. Großen Ankündigungen müssen jetzt Taten folgen!“

In der Presse war im Oktober zu lesen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Schlussbilanz der DDR-Vergangenheit wünsche. Sie habe an ihre ostdeutschen CDU-Kollegen aus dem Bundestag die Bitte gerichtet, z.B. offene Rentenfragen in einem Katalog zusammen zu fassen. Danach sollte das Gespräch mit der SPD-Bundestagsfraktion gesucht werden. Zumindest Letzteres ist bis heute offiziell nicht geschehen.

Quelle: Pressemitteilung vom 27.11.07

*Die AG Recht informiert***Muster für einen Widerspruch**

(Aus ISOR aktuell 10/04 - durchgesehen und überarbeitet)

1) Nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom Juni und Juli 2004 wird ehemaligen Angehörigen des MfS empfohlen, gegen den Bescheid über die **erstmalige Bewilligung** einer Rente (Renten wegen Erwerbsminderung, Altersrenten, Witwen- oder Waisenrenten) Widerspruch einzulegen. Dazu kann der nachfolgende Mustertext verwendet werden.

Adresse des Rentenversicherungsträgers
Datum

Versicherungsnummer:

Seht geehrte Damen und Herren,

Hiermit lege ich gegen den Bescheid vom Widerspruch ein.

Ich wende mich gegen die Minderung meines Rentenanspruchs wegen der Entgeltbegrenzung nach § 7 AAÜG.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 22. Juni 2004 (1 BvR 1070/02) die Überprüfung des § 7 AAÜG in Aussicht gestellt, nachdem die Ergebnisse der vollständigen Klärung der Einkommensverhältnisse vorliegen. Der Abschluss einer gutachterlichen Klärung steht unmittelbar bevor.

Das Widerspruchsverfahren soll bis zu einer abschließenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ruhen.

Unterschrift

2) In bereits **laufenden und ruhenden Widerspruchsverfahren** sollte vom Rentner nichts unternommen werden. Vielmehr ist eine Reaktion des Rentenversicherungsträgers abzuwarten. Sollte dieser nach der Beendigung des Widerspruchsverfahrens fragen, so kann mit der oben stehenden Begründung geantwortet werden, dass der Widerspruch fortgesetzt wird und weiterhin ruhen soll.



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



ELVIRA BAIER, Gera
INGEBURG BODENTHAL, Stollberg
WOLFGANG BÖHME, Chemnitz
ILSE BROCKHUSEN, Strausberg
MANFRED BRÜCKNER, Plauen
HERBERT BRÜGGMANN, Bln.-Treptow
DIETER DENKMANN, Pasewalk
SIEGFRIED FRENZEL, Görlitz
GÜNTER GERLACH, Dresden
FERDINAND GORETZKY, Pdm.-Babelsberg
HANS GRONDKOWSKI, Hoyerswerda
CHRISTEL HINZ, Bln.-Li'berg
EVA HINZ, Rostock
MAX HIRSCH Görlitz/Dresden
GERHARD HOHM, Neustrelitz
WALTRAUD HOHN, Frankfurt/O
HANNA HOPPE, Bln.-Weißensee
HORST HÜCKLER, Aschersleben
DIETER HUHNHOLZ, Bernau
MARTIN KÄSTNER, Stralsund
HENNRI KNÖFEL, Pdm./Waldstadt
HANS KOWAL, Oranienburg
RUDOLF KÜHNAST, Pdm./Waldstadt
HERMANN KÜHNEL, Chemnitz
RUDI KUMMER, Bad Liebenwerda
HARRY LINDE, Chemnitz
MANFRED NECHELS, Bln.-Fr'hain
ERWIN REBBE, Pdm.-West
HANS-JOACHIM RUDOLPH, Güstrow
LOTHAR SCHÖNFELD, Rostock
HANS SCHUBERT, Bln.-Fr'hain
KARL-HEINZ SOMMERER, Bln.-Hellersdorf
FRITZ STEPHANI, Chemnitz
BRIGITTE TESCHKE, Neubrandenburg
MARIANNE TISCHENDORF,
Plauen/Oederan
FRIEDHELM TRETTIN, Bln.-Marzahn
DR. WOLFGANG WEBER, Strausberg
WALTER WEINHOLD, Chemnitz
EDELTRAUD WINKLBAUER, Waren

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 19.12.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.01.2008

Einstellung im Internet: 08.02.2008

Auslieferung: 14.02.2008

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr